



Deutsches Kraftfahrzeuggewerbe  
Verband des Kraftfahrzeuggewerbes  
Baden-Württemberg e.V.



PRESSEMITTEILUNG 12.03.2026

Pressemappe downloaden:  
[kfz-bw.de/jpk26](http://kfz-bw.de/jpk26)

## **Kfz-Gewerbe Baden-Württemberg stellt vier Forderungen an die neue Landesregierung**

***Jahrespressekonferenz: Verbandspräsident Ziegler legt Kausalkette der Branchenkrise in der Automobilwirtschaft offen. Großinsolvenzen im Autohandel verdreifacht. Servicegeschäft erreicht Höhepunkt. Elektromobilität muss auch für Normalverdiener erreichbar werden***

**Stuttgart.** Der Verband des Kraftfahrzeuggewerbes Baden-Württemberg hat auf seiner Jahrespressekonferenz vier konkrete Forderungen an die künftige Landesregierung gerichtet. Die Forderungen gälten unabhängig von der Zusammensetzung der Koalition, so der Verband, der rund 3.700 Betriebe mit rund 82.000 Beschäftigten in Handel und Werkstatt vertritt. Er erwartet: erstens eine Förderstrategie für Elektromobilität, die über den Neuwagenkauf hinausreicht und den Gebrauchtwagenmarkt einschließt; zweitens die Anhebung der Meisterprämie auf mindestens 3.000 Euro; drittens die Unterstützung für die gesetzliche Absicherung des Datenzugangs für unabhängige Werkstätten; viertens den Einsatz für die grundlegende Überarbeitung des geplanten EU-Verbrauchslabelings für Gebrauchtwagen.

Verbandspräsident Michael Ziegler begründete die Forderungen mit einer umfassenden Analyse der wirtschaftlichen Lage. In einer geschlossenen Kausalkette zeichnete er nach, wie aus seiner Sicht verfehlte Modellpolitik der Hersteller, sinkende Handelsmargen,



## PRESSEMITTEILUNG 12.03.2026

Pressemappe downloaden:  
[kfz-bw.de/jpk26](https://kfz-bw.de/jpk26)

steigende Investitionskosten und ein an seinem Höhepunkt angekommenes Servicegeschäft die Betriebe unter wachsenden Druck setzten. Die Zahl der Großinsolvenzen im Autohandel (Betriebe mit mehr als zehn Millionen Euro Umsatz) hat sich nach Branchendaten im vergangenen Jahr verdreifacht: von elf auf 32.

### Strukturbruch am Neuwagenmarkt

Erstmals wurden in Deutschland weniger als die Hälfte aller Neuwagen mit reinem Verbrennungsmotor zugelassen. Der Verbrenner-Anteil fiel auf 41 Prozent, nach noch gut 52 Prozent im Vorjahr. Das entspricht einem Rückgang um elf Prozentpunkte innerhalb eines Jahres. Gleichzeitig erreichten die rein elektrischen Neuzulassungen mit 545.000 Fahrzeugen ein Allzeithoch: ein Plus von 43 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Ziegler betonte, dieses Wachstum sei ohne staatliche Kaufprämie zustande gekommen, wenn auch mit vielen taktischen Eigenzulassungen vor dem Jahresende.

Baden-Württemberg liegt dabei bundesweit vorn: Jeder dritte Neuwagen im Land hat bereits einen Elektroantrieb, jeder fünfte fährt rein elektrisch. „Was auf die Branche zukommt, kommt in Baden-Württemberg früher an. Das ist Chance und Risiko zugleich“, sagte Ziegler.

Der Gesamtmarkt bleibt jedoch schwach. Mit 2,86 Millionen Neuzulassungen bundesweit liegt er weiterhin rund ein Fünftel unter dem Vor-Corona-Niveau von 3,6 Millionen. In Baden-Württemberg waren es rund 401.000 Neuwagen, ein leichtes Minus gegenüber dem Vorjahr. Seit sechs Jahren verharrt der



## PRESSEMITTEILUNG 12.03.2026

Pressemappe downloaden:  
[kfz-bw.de/jpk26](https://kfz-bw.de/jpk26)

Gesamtmarkt damit unter diesem Niveau. „Das ist kein Branchenproblem, das ist eine gesamtwirtschaftliche Krise“, so Ziegler.

### **Hersteller-Fehlsteuerung belastet Handel und Werkstatt**

Im Zentrum von Zieglers Analyse stand die Rolle der Hersteller. „Viele Hersteller haben sich vergaloppiert“, sagte der Verbandspräsident. Verfehlte Modellpolitik in den Konzernzentralen belaste den Handel unmittelbar: Rückzug aus dem Flottengeschäft, Trennung von langjährigen Vertragshändlern, das Fehlen bezahlbarer Einstiegsmodelle. Der durchschnittliche Neuwagenpreis in Baden-Württemberg liegt laut Verband bei knapp 45.000 Euro, rund ein Drittel mehr als 2019. „Im Bereich zwischen 20.000 und 30.000 Euro fehlen Produkte für den Durchschnittsverbraucher“, kritisierte Ziegler. „Wer keine bezahlbaren Fahrzeuge anbietet, darf sich nicht wundern, wenn der Markt schrumpft.“

Die Konsequenzen träfen den Handel direkt, so Ziegler: Nahezu alle Hersteller verlagerten Margen zurück in die eigenen Reihen, mit oder ohne Agentursystem. Die durchschnittliche Umsatzrendite der Betriebe liege bei knapp über einem Prozent. „Bei einem Umsatz von einer Million Euro bleiben gut zehntausend Euro. Das ist kein Polster, das ist eine Rasierklinge“, so Ziegler. Gleichzeitig stiegen die Investitionskosten massiv: Ladeinfrastruktur am Standort koste 100.000 bis 500.000 Euro, Hochvoltkurse rund 2.000 Euro pro Schulung. Die Betriebe müssten ein doppeltes Kostengerüst aus Verbrenner- und Elektro-Infrastruktur finanzieren, das es vor fünf Jahren in dieser Form nicht gegeben habe.



## PRESSEMITTEILUNG 12.03.2026

Pressemappe downloaden:  
[kfz-bw.de/jpk26](https://kfz-bw.de/jpk26)

### **Servicegeschäft am Höhepunkt**

Als alarmierendstes Signal identifizierte Ziegler die Entwicklung im Servicegeschäft, das bislang als letzter stabiler Ertragspfeiler vieler Betriebe gegolten habe. „Wir sind am Höhepunkt des Servicegeschäfts angekommen“, sagte er. Ziegler nannte drei Faktoren: Der Fahrzeugbestand nähere sich mit 49,6 Millionen Pkw seinem Sättigungspunkt. Die Werkstattbesuche seien in sechs Jahren um 31 Prozent gesunken, die Wartungshäufigkeit pro Fahrzeug liege erstmals unter eins. Und Elektrofahrzeuge bräuchten rund ein Drittel weniger Wartungsaufwand als Verbrenner.

„Was bisher wie ein zweigeteiltes Bild wirkte, Handel unter Druck und Werkstatt noch stabil, wird in Wahrheit zu einem zeitversetzten Muster. Was der Handel heute spürt, kommt in der Werkstatt morgen an“, warnte Ziegler. Kurz- bis mittelfristig werde sich das geringere Servicevolumen auch auf Betriebszahlen, Unternehmensstrukturen und Arbeitsplätze in der Fläche auswirken, so der Verbandspräsident.

### **Vier Forderungen an die neue Landesregierung**

Aus dieser Analyse leitete der Verband vier konkrete Erwartungen an jede künftige Landesregierung ab.

#### **1. Elektromobilität darf kein Neuwagen-Privileg bleiben**

Die neue Kaufprämie von bis zu 6.000 Euro für rein elektrische Fahrzeuge begrüße der Verband grundsätzlich. Sie setze jedoch am falschen Ende an, weil sie nur den Neuwagenkauf adressiere. „Die



## PRESSEMITTEILUNG 12.03.2026

Pressemappe downloaden:  
[kfz-bw.de/jpk26](https://kfz-bw.de/jpk26)

Hälfte der Baden-Württemberger verdient weniger als 35.000 Euro brutto im Jahr. Der durchschnittliche Neuwagen kostet 45.000 Euro. Da stimmt etwas grundlegend nicht“, sagte Ziegler. Eine Förderung, die nur Neuwagenkäuende erreiche, gehe an der Lebensrealität vieler Menschen vorbei.

Der Schlüssel für eine breite Durchdringung der Elektromobilität liege im Gebrauchtwagenmarkt, so Ziegler. Rund 230.000 gebrauchte E-Fahrzeuge wurden 2025 umgeschrieben, die Leasing-Rückläufer der Boomjahre kommen zunehmend auf den Markt. Allerdings kann sich laut DAT Report nur jeder achte Gebrauchtwagenkäufer ein gebrauchtes E-Auto vorstellen; bei Kundinnen und Kunden mit eigener Elektro-Erfahrung steigt die Bereitschaft dagegen auf 37 Prozent. Das Problem sei also nicht die Technologie, sondern fehlendes Vertrauen, so Ziegler.

Um dieses Vertrauen zu schaffen, habe der Bundesverband ZDK mit dem Batteriediagnostik-Spezialisten Aviloo eine Partnerschaft geschlossen: Ein TÜV-zertifizierter Test prüfe den Batteriezustand in drei Minuten bis auf Zellebene. „Wer Elektromobilität in die Mitte der Gesellschaft tragen will, für Pendler, für Familien, für Menschen ohne Firmenwagen, der muss den Gebrauchtwagenmarkt stärken“, forderte Ziegler. Das bedeute neben Transparenz beim Batteriezustand auch den konsequenten Ausbau der Ladeinfrastruktur und wettbewerbsfähige Strompreise.

### **2. Meisterprämie auf mindestens 3.000 Euro anheben**

Der Kfz-Mechatroniker ist erneut der beliebteste Ausbildungsberuf in Deutschland: Über 24.500 neue Ausbildungsverträge wurden im



## PRESSEMITTEILUNG 12.03.2026

Pressemappe downloaden:  
[kfz-bw.de/jpk26](https://kfz-bw.de/jpk26)

vergangenen Jahr bundesweit abgeschlossen, in Baden-Württemberg rund 3.200. Doch nach zwei Wachstumsjahren (plus 10,6 und plus 7,7 Prozent) verzeichnete die Branche erstmals einen Rückgang um 2,4 Prozent. „Im vergangenen Jahr waren unsere Ausbildungszahlen auf dem höchsten Stand seit 20 Jahren. Dieses Jahr sind sie gesunken. Das zeigt, wie fragil die Lage wirklich ist“, sagte Pressesprecherin Birgit Leicht.

Das Kfz-Gewerbe hat mit 51 Prozent den höchsten Anteil an Ausbildungsbetrieben unter allen Handwerksbranchen im Land. Das Berufsbild habe sich grundlegend gewandelt: System- und Hochvolttechnik, Ferndiagnose und Over-the-Air-Updates gehörten längst zum Werkstattalltag. Der Kfz-Mechatroniker sei längst Hightech-Handwerk, so Leicht. Die Zukunftswerkstatt 4.0 in Esslingen, an der der Verband als Partner beteiligt ist, stehe exemplarisch für diesen Wandel.

In Bayern beträgt die Meisterprämie 3.000 Euro, in Niedersachsen bereits 4.000 Euro. „Baden-Württemberg ist Automobilland Nummer eins. Dann darf es beim Handwerksnachwuchs nicht Schlusslicht sein“, forderte Ziegler. Die Spitzenkandidaten beider großen Parteien hätten sich vor der Wahl zur Erhöhung bekannt. „Wir nehmen sie beim Wort.“

### **3. Datenzugang für unabhängige Werkstätten gesetzlich absichern**

Die durchschnittlichen Wartungskosten haben laut DAT Report mit 542 Euro einen historischen Höchstwert erreicht, ein Plus von 27 Prozent seit 2020. 56 Prozent der Halter älterer Fahrzeuge lassen inzwischen bei freien Werkstätten warten. Der Wettbewerb



## PRESSEMITTEILUNG 12.03.2026

Pressemappe downloaden:  
[kfz-bw.de/jpk26](https://kfz-bw.de/jpk26)

zwischen freien und markengebundenen Betrieben funktionieren und halte die Preise in Schach, so Leicht. „Aber genau dieser Wettbewerb ist in Gefahr.“

Denn der Zugang zu Reparaturinformationen und Fahrzeugdaten werde zunehmend eingeschränkt. Seit April 2024 sei der Zugriff auf als sicherheitsrelevant eingestufte Fahrzeugfunktionen nur noch mit einer eigenen Zertifizierung möglich. Dabei definierten die Hersteller selbst den Umfang. „Datenzugang ist nicht nur ein Branchenthema, es ist ein Verbraucherschutzthema“, sagte Leicht. „Wer den Wettbewerb bei Kfz-Reparaturen einschränkt, macht Mobilität teurer. Und höhere Preise treffen zuerst die, die es sich am wenigsten leisten können: Pendler, Familien, Geringverdiener.“ Der Verband fordert die Landesregierung auf, sich beim Bund für eine konsequente Umsetzung der europäischen Typgenehmigungsverordnung einzusetzen. Ohne Verwässerung.

### **4. EU-Verbrauchslabeling für Gebrauchtwagen grundlegend überarbeiten**

Der seit Dezember vorliegende EU-Verordnungsentwurf zur Ausweitung der Energieverbrauchskennzeichnung auf Gebrauchtwagen und leichte Nutzfahrzeuge dürfe in der vorliegenden Form nicht kommen, so der Verband. Für ältere Fahrzeuge existierten die geforderten Verbrauchswerte schlicht nicht. Umrechnungen vom alten Messzyklus seien fehleranfällig und schüfen Rechtsunsicherheit. „Die Betriebe sollen Daten liefern, die es nicht gibt. Und jeder formale Fehler wird zur Einladung für professionelle Abmahnvereine“, warnte Leicht.



Deutsches Kraftfahrzeuggewerbe  
Verband des Kraftfahrzeuggewerbes  
Baden-Württemberg e.V.



## PRESSEMITTEILUNG 12.03.2026

Pressemappe downloaden:  
[kfz-bw.de/jpk26](https://kfz-bw.de/jpk26)

Der Verband fordert stattdessen eine zentrale Datenbank, in der die Hersteller die Verbrauchswerte bereitstellen: abrufbar per QR-Code, mitgeliefert ab Werk. Überhaupt müsse die Verpflichtung, Verbrauchsdaten zur Verfügung zu stellen, die Hersteller treffen und nicht den Autohandel. Der VW-Konzern zeige bereits heute, dass die Mitlieferung von Labeln möglich sei. „Wenn ein Hersteller es kann, müssen es alle können“, so Ziegler. Die Landesregierung müsse sich beim Bund für eine grundlegende Überarbeitung der Verordnung einsetzen.

### „Evolution statt Verordnung“

„Wer in den kommenden Wochen in Stuttgart Regierungsverantwortung übernimmt, findet eine Branche vor, die ihren Job macht“, sagte Ziegler. Die Elektromobilität wachse, die Hersteller korrigierten sich, 3.700 Betriebe transformierten sich aus eigener Kraft. Nicht weil eine Verordnung es vorschreibe, sondern weil der Markt es verlange. „82.000 Beschäftigte in Baden-Württemberg liefern. Jeden Tag. Evolution statt Verordnung: Das ist der Maßstab, an dem wir die nächste Landesregierung messen werden.“

Ansprechpartner für Redaktionen:

Daniel Rösch

Referent Öffentlichkeitsarbeit/Handel

Telefon: (07 11) 83 98 63 - 19

Telefax: (07 11) 83 98 63 - 20

E-Mail: [daniel.roesch@kfz-bw.de](mailto:daniel.roesch@kfz-bw.de)